

Presseinformation

Nr.: 089/10

Potsdam, 28. Juni 2010

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Pressesprecher: Florian Engels
Hausruf: (0331) 866 – 5040
Handy: (0171) 2190201
Fax: (0331) 866 - 5049
Internet: www.masf.brandenburg.de
florian.engels@masf.brandenburg.de

Behindertenpolitische Regionalkonferenzen gestartet:

Baaske: „Es ist normal, verschieden zu sein“

Sozialminister Günter Baaske hat heute in Eberswalde die Regionalkonferenzen zur Behindertenpolitik gestartet. Hauptthemen: Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Neufassung des Behindertengleichstellungsgesetzes. **Baaske:** „Die Konvention können wir nur in gemeinsamer Arbeit in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen umsetzen. Dies beginnt mit Zuhören.“ Dabei stehe die „Inklusion“ – die gleichberechtigte Beteiligung Behinderter am gesellschaftlichen Leben – im Mittelpunkt. Die Konferenzen stünden deshalb unter dem Motto „Alle inklusive in Brandenburg“.

In Brandenburg leben rund 220.000 schwerbehinderte Menschen. **Baaske:** „Sie gehören in die **Mitte der Gesellschaft**. Dazu gehört ein Platz in der Regel-Kita, der Regelschule, der ‚normalen‘ Ausbildung und Berufswelt.“

Die weiteren Konferenzen finden in Hennigsdorf (05. 07.), Brandenburg a. d. H. (30. 08.), Frankfurt (Oder) (13. 09.) und Cottbus (20. 09.) statt. Dabei diskutieren Menschen mit Behinderung, kommunale Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte mit Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Verbänden über die Umsetzungschancen der Konvention und Ansätze für die Novelle des Behindertengleichstellungsgesetzes. Ergebnisse sollen in das Gesetz und in das künftige **behindertenpolitische Maßnahmenpaket** einfließen.

Landesbehindertenbeauftragter Jürgen **Dusel:** „Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Erwartungen und Wünsche für ihr Leben wie nichtbehinderte Menschen. Doch oftmals sind sie von einer **wirklichen Teilhabe** ausgeschlossen. Das wollen wir ändern. Damit eine wirkliche Teilhabe gelingt, müssen Barrieren auch in den Köpfen abgebaut werden. Alle Teile der Gesellschaft müssen mitwirken. Dies wird ein langfristiger Prozess sein – er ist aber gut für uns alle.“

Mit der UN-Konvention, die seit 2009 auch für Deutschland verbindlich ist, wird Behinderung nicht länger vor allem unter medizinischen und sozialen Blickwinkeln betrachtet, sondern als **Menschenrechtsthema** anerkannt. Der Vertrag formuliert das Recht auf Selbstbestimmung, Partizipation und umfassenden Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen und fordert eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft.